

„Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger“

von

**Siegfried Löprick
Guilherme Pinto
Dr. Martin Schairer**

Dokument aus der Internetdokumentation
des Deutschen Präventionstages www.praeventionstag.de
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Zur Zitation:

Siegfried Löprick, Guilherme Pinto, Martin Schairer: Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2012, www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1933

Sicher leben in der Stadt

Anforderungen für eine erfolgreiche Rückfallvermeidung

Exemplarische EU – Projekte

▶ 2008/2009

Innovative Strategies for the Prevention of Re-Offending

Rückfallvermeidung – Erfolgreiche Konzepte und Übertragbarkeit

▶ 2010/2011

Training Local Stakeholders on the Prevention of Re-Offending

Verbesserung von Strukturen und Qualifizierung von Akteuren

Zentrale Ergebnisse

- Prävention von Mehrfachstraffälligkeit ist zentrale Aufgabe in und für jede Kommune
- Städte und Gemeinden haben eine zentrale Rolle als Brückenbauer
- Erfolgreiche Resozialisierung braucht Arbeit, Wohnen und ein stabiles soziales Umfeld
- Freie Träger helfen Zuständigkeitsgrenzen zu überwinden

Die Nachbarn von morgen



Wer ist dran?

Entlassungsvorbereitung und Übergangsmangement ist zentrale Aufgabe im Vollzug:

z.B. NJVollzG – Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz

- § 68 durchgängige Betreuung im Jugendvollzug
- § 116 Entlassungsvorbereitung ist zentrale Aufgabe
- § 119 Beurlaubungen bis zu 6 Monate vor der Entlassung

Aber:

Entscheidend ist die Zeit nach Entlassung

Nicht so:



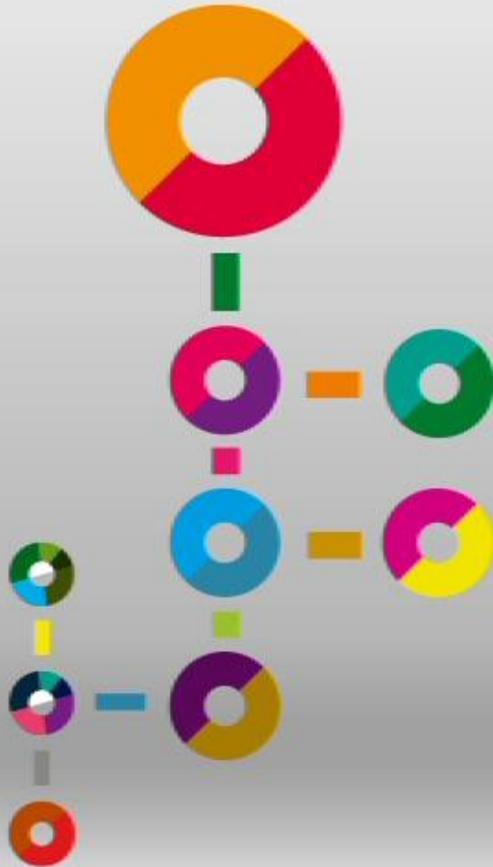
- Einfache Frage aber schwierige Antwort -

Sondern so:



Hilfe, Unterstützung, Beratung und Kontrolle brauchen transparente Information, Zuständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kontinuität

European
Forum *for*
Urban
Security



- Fördern und Fordern darf sich nicht auf die Haft und Bewährungszeit beschränken.
- Übergänge zwischen Verantwortungsbereichen der Justiz und der SGB- und Jugendhilfeträger brauchen weitere Strukturverbesserungen, die Kontinuität und Aufgabenerfüllung gewährleisten.
- Die Einbeziehung von freien Trägern in die Vollzugsarbeit, besonders die Entlassungsvorbereitung und Begleitung in den zukünftigen Lebensort kann diese Strukturveränderungen unterstützen, initiieren und/oder realisieren..

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Siegfried Löprick

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Rosdorfer Weg 76

37081 Göttingen

www.jugendhilfe-goettingen.de

loepnick@jugendhilfe-goettingen.de

